

**Antrag 2023/I/2****Landesvorstand des SPD RLP und Jusos RLP****Kommunen weiterhin nachhaltig stärken**

1 Unsere Kommunen nehmen eine zentrale  
2 politische Aufgabe wahr. Gerade hier be-  
3 steht die Möglichkeit, politische Entschei-  
4 dungen unmittelbar sichtbar zu machen.  
5 Die kommunalpolitische Ebene ist sehr un-  
6 terschiedlich. Von kleinen Dorfgemeinderä-  
7 ten bis hin zu Stadträten in großen Städ-  
8 ten, Kreistagen und Verbandsgemeinderä-  
9 ten sind die Zuständigkeiten und Gestal-  
10 tungsmöglichkeiten vielfältig. Dazu kom-  
11 men unterschiedliche Herausforderungen  
12 und finanzielle Möglichkeiten, welche im-  
13 mer ganz konkret mit der jeweiligen Kom-  
14 mune verbunden sind. Als SPD Rheinland-  
15 Pfalz wollen wir die finanzielle Leistungs-  
16 fähigkeit unserer Kommunen und somit  
17 das Umfeld und Leben der Bürger\*innen  
18 weiterhin verbessern. Hierzu wollen wir  
19 die Handlungsfähigkeit unserer Kommu-  
20 nen stärken und insbesondere mit finan-  
21 ziell schwachen und vom Strukturwandel  
22 nachhaltig belasteten Kommunen solida-  
23 risch sein.

24 Wichtig ist dass die Kommunen langfris-  
25 tig in gerechte Lebensverhältnisse investie-  
26 ren können. Die Landesregierung hat hier-  
27 zu die finanzielle Ausstattung der Kommu-  
28 nen durch den KFA in den letzten zehn Jah-  
29 ren um mehr als 1,8 Milliarden gesteigert.  
30 Dies ist eine Steigerung um 90%, wobei  
31 der Landeshaushalt im gleichen Zeitraum  
32 „nur“ um 52,7% gestiegen ist,. Die SPD RLP  
33 begrüßt darüber hinaus, dass die Landes-  
34 regierung mit dem Programm KIPKI zudem  
35 Fördermittel in Höhe von 240 Millionen Eu-  
36 ro zur Verfügung stellt, um kommunale Kli-

37 maschutzmaßnahmen zu fördern.  
38 Die aus diesem Leitgedanken resultieren-  
39 de Altschuldenübernahme mit einem Ge-  
40 samtvolumen von drei Milliarden Euro, ent-  
41 lastet die hochverschuldeten Kommunen  
42 von mehr als 50% ihrer kommunalen Kas-  
43 senkredite. Damit werden die Kommunen  
44 nicht nur unmittelbar von der Schuldenlast  
45 befreit, sondern auch von den Zinszahlun-  
46 gen, welche unmittelbar den Finanzhaus-  
47 halt treffen, für die Zukunft entlastet.  
48 Die Bundesregierung hat dieses, im Koaliti-  
49 onsvertrag der Ampel-Regierung festgehal-  
50 tenes, Versprechen bisher nicht eingelöst.  
51 Die SPD RLP fordert den Bund auf, die Zu-  
52 sage zur hälftigen Übernahme der Altschul-  
53 den zügig zu erfüllen. Gerade mit Blick auf  
54 die aktuellen politischen Entwicklungen,  
55 ist die Altschuldenübernahme durch den  
56 Bund besonders wichtig. Das Wachstums-  
57 chancengesetz sieht weitere Belastungen  
58 unserer Kommunen vor. Die SPD RLP for-  
59 dert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb  
60 auf, sowohl in Bezug auf das Wachstums-  
61 chancengesetz als auch weitere künftige  
62 Gesetze dafür Sorge zu tragen, dass Min-  
63 dereinnahmen für die Kommunen verhin-  
64 dert werden.  
65 Die Unterbringung von Geflüchteten stellt  
66 unsere Kommunen vor große finanzielle  
67 Herausforderungen. Das Land Rheinland-  
68 Pfalz unterstützt die Kommunen in diesem  
69 Jahr zusätzlich mit 121 Millionen Euro. Die  
70 SPD RLP fordert die Verantwortlichen auf,  
71 eine dauerhafte Finanzierung durch den  
72 Bund einzufordern.  
73 Die SPD begrüßt, dass die Landesregierung  
74 für Kommunen, die sich in einer schwieri-  
75 gen finanziellen Situation befinden, die Re-  
76 gelungen zur Haushaltsaufstellung so kon-

77 kretisiert hat, dass durch mehrjährige Be-  
78 trachtung und Entwicklung eines Maßnah-  
79 menplans weitere Möglichkeiten zum Er-  
80 reichen einer Haushaltsgenehmigung für  
81 2024 und die Folgejahre eröffnet werden.

82 Ein Fehlbetrag im Jahresabschluss ist im-  
83 mer individuell und differenziert zu be-  
84 trachten; dazu gehört auch der Hinweis  
85 der Landesregierung an die Aufsichtsbe-  
86 hörden, Fehlbeträge aufgrund von rentier-  
87 lichen oder – wie bei Kitas – unausweich-  
88 lich pflichtigen Investitionen wohlwollend  
89 zu betrachten.

90 Gemeinsam mit den großen Anstrengun-  
91 gen der Kommunen wird es gelingen, in  
92 noch mehr Fällen zu ausgeglichenen und  
93 genehmigten Haushalten zu kommen.

94 Dennoch ist die Situation vor Ort aufgrund  
95 der Struktur im Land differenziert zu be-  
96 trachten. Leider schaffen es einige Kommu-  
97 nen trotz großer Anstrengungen nicht al-  
98 lein, einen ausgeglichenen Haushalt vorzu-  
99 legen.

100 Wir wollen, dass in den ländlichen Räu-  
101 men und den Städten gleichwertige Le-  
102 bensverhältnisse gelten. Die SPD RLP for-  
103 dert die Landesregierung daher auf, wei-  
104 tere Maßnahmen zur Sicherung der Hand-  
105 lungsfähigkeit und Stärkung der Rahmen-  
106 bedingungen der Kommunen zu prüfen,  
107 dazu gehört z.B. die regelmäßige Über-  
108 prüfung des Finanzbedarfs der Kommu-  
109 nen, eine Reduzierung der Aufgaben, die  
110 Kommunen übernehmen, die Evaluation  
111 des neuen Kommunalen Finanzausgleichs,  
112 die Prüfung der besonderen strukturellen  
113 Herausforderungen, mit denen gerade flä-  
114 chenmäßig große Gebietskörperschaften  
115 bei gleichzeitig geringer Einwohner\*innen-  
116 zahl konfrontiert sind sowie ein solidari-

117 sches Umlagesystem.

118 Die SPD fordert die Landesregierung dazu  
119 auf, sicherzustellen, dass alle kommunalen  
120 Ebenen solidarisch miteinander umgehen  
121 und Umlagen nur bedarfsgerecht erhoben  
122 werden können.

123 Bei der Überprüfung des Umlagesystems  
124 soll auch einbezogen werden, ob eine De-  
125 ckelung von Umlagen und eine Möglichkeit  
126 zur Rückführung bei Überschüssen im Jah-  
127 resabschluss verhältnismäßig und möglich  
128 ist.

129 Die Bemühungen des Landes, die Kommu-  
130 nen finanziell gut auszustatten, sind spür-  
131 bar und reichen weit über den KFA hinaus.  
132 Die umfangreichen Förderprogramme sind  
133 zentrale Elemente der Stadt-, Kreis- und Ge-  
134 meindeentwicklung. Es ist daher ein großes  
135 Anliegen der SPD, die daraus resultieren-  
136 den Möglichkeiten auch weiterhin flächen-  
137 deckend verfügbar zu machen – auch für  
138 finanzschwache Kommunen, welche den  
139 Eigenanteil durch Fremdkapital erbringen  
140 müssen. Die SPD RLP fordert die Landesre-  
141 gierung auf, hierfür Sorge zu tragen, indem  
142 insbesondere die Aufsichtsbehörden sensi-  
143 bilisiert werden.